

erlangten Kenntnisse), § 46, wonach die Veranlagungsbehörde dem Beitragspflichtigen den Bescheid über das Ergebnis der Veranlagung zu erteilen hat, § 47 (Rechtsmittel gegen den Veranlagungsbescheid), § 48, wonach der Beitragspflichtige, der weder selbst im Inlande wohnt, noch einen Vertreter im Inlande hat, eine im Inlande wohnende Person zum Empfänger der für ihn bestimmten Schriftsätze zu bevollmächtigen hat, und § 49, der bestimmt, daß die Einlegung des Rechtsmittels die Erhebung des Beitrags nicht aufhält, wurden angenommen.

§ 50, wonach der Wehrbeitrag in zwei Raten zu entrichten ist, wurde mit einer Zusatzbestimmung angenommen, der die Entrichtung in drei Raten fordert, und zwar soll ein Drittel mit der Aufhebung des Veranlagungsbescheides fällig und binnen drei Monaten zu entrichten, das zweite Drittel bis zum 31. März 1915, das letzte Drittel bis zum 31. März 1916 zu entrichten sein.

Der Rest der Vorschriften über das Verfahren wurde unverändert angenommen.

Es folgte die Beratung der Strafvorschriften.

§ 55 sieht auf unrichtige oder unvollständige Angaben Geldstrafen bis zum Zwanzigfachen Betrage des gefährdeten Wehrbeitrags vor. Hierzu beantragt das Zentrum, neben der Geldstrafe auf Gefängnis bis zu sechs Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen bei beachtlicher Hinterziehung des Wehrbeitrags, wenn der gefährdete Wehrbeitrag mindestens 300 Mk. beträgt oder wenn der Beitragspflichtige Vermögen vom Inlande aus dem Ausland gebracht hat, um es zu verheimlichen. Die Fortsdritter beantragen, die Bestimmung: „Wenn der gefährdete Wehrbeitrag mindestens 300 Mk. beträgt“ zu erlösen durch die Bestimmung: „Wenn der hinterzogene Betrag mindestens 10 Proz. des Wehrbeitrags ausmacht.“ Der Zentrumsantrag wurde mit dieser Änderung angenommen.

Der Rest der Strafvorschriften wurde unverändert angenommen.

Die folgenden Paragraphen enthalten die Schlußvorschriften.

Zu § 67 liegen mehrere Anträge, betreffend die Verwendung des etwaigen Ueberschusses beim Wehrbeitrag über 1000 Millionen Mark vor, die sämtlich abgelehnt wurden bis auf folgenden Zentrumsantrag: „Soweit die Einnahme des Reiches aus dem einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und den für die gleichen Zwecke eingehenden freiwilligen Spenden den Betrag von 900 Millionen übersteigt, ist der Ueberschuß zur außerordentlichen Schuldentilgung zu verwenden.“ Dieser Zentrumsantrag wurde angenommen.

Weiter wurde folgender Antrag des Zentrums angenommen: „Dieses Gesetz findet nach Maßgabe einer zu erlassenden kaiserlichen Verordnung auf die Schutzgebiete Anwendung.“ Staatssekretär Dr. Solf hatte um Ablehnung gebeten.

Damit ist die erste Lesung des Wehrbeitrags erledigt.

Parteinachrichten.

Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Abgeordnetenhaus zählt in ihren Reihen 14 neue Männer. Sie sind: Dietrich Graue für Brandenburg-Westhavelland, seit 1910 Ritter am Berliner Hof, früher Pfarrer in Brandenburg, geboren 1868; Oswald Haale für Ostpr., Hand Schuhmachermeister in Cottbus, geboren 1849.

Karl Kanson für Königsberg i. Pr., Landgerichtsdirektor a. D. in Berlin-Wilmersdorf, geboren 1858 in Stettin, 1889 Staatsanwalt in Königsberg, 1893 in Berlin, 1903 hier Landgerichtsdirektor, leitete den Prozeß gegen den Fürsten Bülow, erzielte als erster Staatsanwalt die Verurteilung des antijewischen Agitators Grafen Küster. Kunstschlossermeister Koniechly in Breslau, gewählt für Breslau.

Stadtm. Reinhold Otto, gewählt für Charlottenburg, Lehrer an der Augusta-Viktoria-Schule in Charlottenburg, Mitglied des Provinziallandtages, Vorsteher des Lehrerverbundes der Provinz Brandenburg, geboren 1853 in Halberstadt.

Konrad Friedrich Rietker für Nordhagen, bis 1910 Gemeindefabrikant in Nordhagen, früher in Oltun und Tarnowitz, geboren 1844 in Sandershausen, nahm am Kriege 1870 als Reserveoffizier teil.

Magistratssekretär Schmiljan in Danzig, gewählt für Danzig.

Pfarrer Gottfried Traub für Teltow, geboren 1869, der mutige Kampfgenosse und Verteidiger Jathos.

Berleger Wendtschach für Brandenburg-Osthavelland, Buchdruckerbesitzer in Rathenow.

Hans Jacob Wittrod für Flensburg, geboren 1862, seit 1886 Lehrer in Flensburg.

Der jüngste preussische Abgeordnete dürfte, wie das „Königsberger Tageblatt“ schreibt, der im Wahlkreise Wülshagen-Rangeland gewählte konservative Rittergutsbesitzer v. Goldacker sein. Er ist am 17. Oktober 1882 geboren und hat somit erst vor kurzer Zeit das Mindestalter von 30 Jahren erreicht.

Heer und Flotte.

Angenehme Erfahrungen aus dem Balkankriege.

Ein hoher bayerischer Offizier schreibt über diese aktuelle Frage:

Kaum ist der Friede zwischen der Türkei und den verbündeten Balkanstaaten geschlossen, und doch sind seit Wochen in der Militär-literatur wie in den politischen Zeitungen die Spalten gefüllt mit Erfahrungen und Lehren aus dem Balkankriege. Dabei beruht das meiste von dem, was hierüber

geschrieben wird, nur auf Vermutungen und Gerüchten, zum Teil auf reinen Phantasiegebilden, denn die Kriegführenden haben es sehr gut verstanden, Berichterstattungen jeglicher Art den Einblick in die Verhältnisse an der Front zu verkümmern. Berücksichtigt man außerdem, daß es sich auf keiner Seite — auch nicht bei den Bulgaren — um nach unseren Begriffen vollwertige Truppen, sondern lediglich um mehr oder weniger schlecht ausgebildete, ausgerüstete und ebenso geführte Milizen gehandelt hat, so erscheint es doppelt bedenklich, aus ihrem angeblichen Verhalten weitgehende Folgerungen für unsere Heeresorganisation und unsere Kampfmethode ziehen zu wollen. Gewiß müssen wir, nachdem wir selbst — abgesehen von der Borerrepression nach China und dem Aufstande in Südwestafrika — seit über 40 Jahren Frieden haben und die persönliche Kriegserfahrung aus dem Reiben unserer Armees nahezu vollständig verschwunden ist, alle kriegerischen Ereignisse aufmerksam verfolgen und aus ihnen zu lernen suchen. Aber zwischen rein sachlichem, kühlem Wägen und Prüfen und der jetzt wieder unheimlich sich zeigenden Nachgrabungslust besteht denn doch ein gewaltiger Unterschied. Als direkt gefährlich für den Geist des Volkes und damit auch des Heeres müßten aber die übertriebenen Darstellungen der angeblichen Furchbarkeit des neuzeitlichen Krieges angesehen werden, von denen sich selbst militärische Teilnehmer an dem Balkankriege nicht freihalten. Daß der Krieg etwas sehr Schreckliches und Grausames ist, darüber konnte doch bisher niemand im Zweifel sein, am wenigsten ein Offizier, der sich eingehend mit Kriegsgeschichten beschäftigt. Durch die übertriebene Hervorhebung der Schrecken des Krieges wird aber die Allgemeinheit ein in schlechter Dienst erwiehen. Haben nicht unsere Freiheitskriege, deren Gedenken wir in diesen Tagen allenthalben feiern, haben nicht unsere Einigungskriege, denen wir des Vaterlandes Wohl und Stellung danken, sehr viel Blut gekostet, ihren Teilnehmern ungeschure Anstrengungen und Entbehrungen auferlegt! Wären wir uns nämlich tüchtigen deutschen Geist, verstanden wir uns immer wieder in die Heldentaten unserer Großväter und Väter, wären wir ihnen nach und nach erziehen wir in diesem Geiste uns selbst und unsere Unterthanen zur Härte und Rücksichtslosigkeit, zur bedingungslosen Hingabe des Lebens für Kaiser und Reich. Dann, aber auch dann, kann unser Volk kommenden Ereignissen mit Vertrauen und Ruhe entgegensehen.

Hof- und Personalmachrichten.

Der Großherzog von Sachsen erkrankt. Der Großherzog von Sachsen hat sich eine Verletzung am Knie zugezogen und muß deshalb das Zimmer hüten. Aus diesem Grunde konnte er auch nicht dem in Jena veranstalteten Deutschen Tonkünstlerfest beiwohnen, zu welchem er seinen Besuch angekündigt hatte.

Mb. Deutscher Reichstag.

157. Sitzung, Montag, den 9. Juni.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Bischoff.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Beim Bericht der Reichsjustizkommission über die Verwaltung des Schulwesens des Reichs usw. beipflichtet

Abg. Zimmermann (Natf.).

Mängel des jetzigen Unterrichtswesens.

Der Bericht geht an die Rechnungscommission.

Durch Geset. sollen der 3. Wahlkreis des Großherzogtums Sachsen und der 2. Wahlkreis des Großherzogtums Sachsen-Meiningen abgetrennt werden.

Abg. Vandert (Soz.).

Der bisherige politische Verfassung in Thüringen muß endlich ein Ende gemacht werden.

Abg. Leuterer (Soz.).

Nicht nur in Thüringen haben wir diesen politischen Jammer. Denken Sie doch an Berlin und seine veraltete Wahlkreis-einteilung.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes, betreffend

Änderung des Schutzgebietgesetzes.

Darauf soll Vernein, die ihren Sitz in einem Schutzgebiete haben, und deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, die Wechselschlichtung des Reichsgerichts verliessen werden können, während die Befugnis jetzt nur dem Bundesrat zugeht. Der Reichstagsrat kann, soweit es sich nicht um Wechselschlichtung oder gerichtliche Geschäftsverfahren handelt, diese Befugnis dem Bundesrat übertragen.

Abg. Dr. Semler (Natf.).

Es ist auffallend, daß dieses Gesetz gerade an den Kolonialgesetzgebungen, die wirtschaftliche Zwecke verfolgen, vorbeigeht. Gerade hier ist eine scharfe Erziehung der Vorlesungsgegenstände notwendig. Die Bildung von kolonialen Unternehmungen ist immer noch mit schweren Steuern belastet. Hier soll sich nun eine solche Gelegenheit, Erleichterungen zu schaffen. Warum ist das nicht geschehen? Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu übertragen.

Die Abg. Dr. Wegler (Zentr.), v. Wühlensdorff-Röding (Natf.) schließen sich diesem Antrag an.

Abg. Waldstein (Sp.).

Den Ausführungen Dr. Semlers können auch wir nicht zustimmen. Bedenklich ist, daß sich hier wieder die Kolonialgesetzgebungen eine inapropriable Behandlung erfahren.

Abg. Roske (Soz.).

Bei den vielen faulen Personalaränderungen ist eine vorübergehende Tätigkeit des Bundesrats, wie er bisher ausgeübt hat, durchaus am Platze.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes, betreffend die

Entschädigung der Schöffen und Geschworenen.

Das Gerichtsverfahren wird hierdurch dahin geändert, daß Schöffen und Geschworene während der Verhandlung der Fälle in der letzten Tag der Einberufung Tagelohn erhalten. Die Entschädigung deren Höhe der Bundesrat festsetzt, ist für Schöffen und Geschworene gleichmäßig zu bemessen. Eine Jurisdiktion der Tagelöhner ist unzulässig.

Staatssekretär Dr. Bischoff:

Die Vorlage, die schon in den Strafprozessentwürfen enthalten war und aus diesen herausgenommen wurde, will die Möglichkeit schaffen, auch minder bemittelte Kreise zum Schöffen- und Geschworenenamt heranzuziehen. Für die Geschworenen sollen auf diese Weise neue Kräfte gewonnen werden. Ich halte es für sehr wichtig, daß diese Vorlage, wenn sie

auch nicht unerhebliche finanzielle Aufwendungen zur Folge hat, Annahme findet.

Abg. Busch (Soz.).

Selbstverständlich begrüßen wir die Vorlage, von der wir nur bedauern, daß sie so spät kommt. Bei der Nachprüfung müssen alle Stände und Klassen mit herangezogen werden. Wir haben bedenklich auf dem Standpunkt, daß Schöffen und Geschworene gewählt werden sollen. Die früheren Bedenken dagegen sind überwiegend durch die eingetragene Tätigkeit der Wehrer in den Gemeinden und Kommunalverwaltungen beseitigt worden. Man braucht sich heute nicht wohl annehmen, daß die Entschädigungen ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögensverhältnisse bemessen werden.

Staatssekretär Dr. Bischoff:

Den Vordrucker ist es darüber beruhigen: Die Tagelöhner für Schöffen und Geschworene sollen ohne Rücksicht auf den Stand ganz gleichmäßig festgesetzt werden.

Abg. Dr. van Calker (Natf.).

Selbstverständlich begrüßen wir die Vorlage. Bei der Auswahl der Geschworenen und Schöffen soll und darf keine Rücksicht auf die politische Stellung genommen werden. Die Politik muß vor der Tür der Gerichte halt machen. Dazu kann der Gewählter beitragen, wenn in Zukunft die Listen ganz unabhängig von dem Einkommen zusammengestellt werden. Man braucht sich darauf, ein großer Teil des Volkes habe keine Zeit zum Schöffen- und Geschworenenamt; ich habe dann immer gesagt, man muß dazu Zeit haben. Es gilt, damit das Vertrauen in die Rechtspflege gesichert, indem wir jedem die Möglichkeit geben, in der Rechtspflege zu wirken, zu betätigen, sich zu betätigen; dann wird sie immer mehr volkstümlich werden, zum Segen des Volkes.

Abg. Schedelbauer (Zentr.).

Speziell über die Verteilung der Arbeiter, von denen ein sehr großer Teil jetzt geeignet für das Schöffenamt sei.

Abg. Dr. Hölfigkeit (Natf.).

Wir begrüßen die Vorlage. Sie ist klar und einfach, daß sie ohne Kommissionsberatung erledigt werden kann.

Abg. Warmuth (Sp.).

stimmt ebenfalls zu.

Abg. Busch (Soz.).

Man darf nicht in jedem Extremfall eine Revision einbringen. Man muß daher auch organisierte Arbeiter berücksichtigen.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt das Gesetz über

Die Folgen der Verhinderung wesentlicher Handlungen im Ausland.

Staatssekretär Dr. Bischoff

erklärt, die Vorlage verhalte sich Entschärfen einer Anregung aus Bundeskreise. Die Artikel der Berliner Kaufmannschaft haben die Initiative gegeben. Die Vorlage ist eine Folge der Balkanrevolutionen, durch die ausländische Wechselinhaber an der rechtzeitigen Verlegung und Verleserung verhindert wurden. Österreich hat auf Grund des im vorigen Jahre auf der Haager Konferenz gefassten Beschlusses Einrichtungen getroffen, die auch im Falle höherer Gewalt eine Verhinderung der Reisen erkennen. In anderen Ländern wird der höhere Gewalt die dort angenommene Verlegung nicht beigelegt. Man kann das nicht national überall gleich einschärfen. Der Vorkaufmann übertrug hier so gut wie gar nicht in Frage, weil das so gut ist, gar kein deutlicher Wechselverleher ist. Die Frage des Moratoriums soll aber hier für später geregelt werden.

Abg. Landberg (Soz.).

Wir prompt haben die Kaufmannschaft angedeutet, wenn die Artikel der Kaufmannschaft nicht ansetzen. Das Merkmal des Zentrums sollte sich daran ein Beispiel nehmen und die Arbeitervereine ebenso rasch berücksichtigen.

Abg. Dr. Jung (Natf.).

Wir begrüßen durchaus die Vorlage und sind mit dem Gedanken dieser Gesetzgebung einverstanden. Aber die Frage ist die,

ob mir die Festsetzung des Inhalts des Gesetzes ganz dem Bundesrat überlassen sollen. Hierüber müssen wir uns in der Kommission unterhalten.

Abg. Warmuth (Sp.).

ist mit der Kommissionsberatung einverstanden.

Die Abgeordneten Dr. Spahn (Zentr.) und Giese (Natf.) stimmen zu.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Das Gesetz befragt sich auf Dienstag 2 Uhr pünktlich mit der Tagesordnung: kurze Anfragen; zweite Lesung der Wehrvorlagen.

Erklärungen der Parteien.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.).

(zur Geschäftsordnung): Ich will nicht widersprechen, daß die Wehrvorlagen morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden, aber im Namen meiner politischen Freunde habe ich die Erklärung zu wiederholen, die von uns bereits in der Subkommission abgegeben worden ist. Die Zentrumsmehrheit hält eine mäßig und geschlossenen an dem Grundgesetz fest: keine Ausgabenbewilligung ohne die Zustimmung. Unsere Politik ist in der zweiten und dritten Lesung der Wehrvorlage keine dabei nur eine vorläufige sein. Eine Verabschiedung der Wehrvorlage ist erst möglich nach der Entscheidung über die Deckungsfrage. Unsere Stellung wird abhängig sein müssen von der Art und Weise, wie die Deckung ausfallen kommt.

Abg. Graf Westarp (Natf.).

(zur Geschäftsordnung): Auch wir betrachten die Verabschiedung der Wehr- und Deckungsfrage als ein zusammenhängendes und einheitliches Ganzes. Ohne die gleichzeitige Verabschiedung aller einmaligen und laufenden Ausgaben würde die Verabschiedung der Wehrvorlagen ohne Standpunkt unserer Finanzpolitik in hohen Maße bedenklich sein, jedenfalls nur eine sehr unvollkommene Lösung der gestellten Aufgaben bedeuten und den Wert und die nationale Bedeutung der ganzen Gesetzgebung nicht unwesentlich herabsetzen. (Gelächter.) Das große Ziel, sowohl die Verabschiedung der Wehr- und Deckungsfrage als auch die gleichzeitige Bewilligung der gesamten erforderlichen laufenden und einmaligen Ausgaben durchzuführen, halten wir fest im Auge, und sind fest entschlossen, alles zu tun, was uns geeignet erscheint, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir sind auch sehr im Zweifel, ob es zur Erreichung dieses Zieles nützlich und nicht vielmehr schädlich sein wird, wenn wir es jetzt beschließen, daß das Zentrum durch die zweite Lesung der Wehrvorlage ein Druckstück der ganzen Aufgabe herausnimmt. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Nach unserer Auffassung würde es der Lösung der Aufgabe förderlicher gewesen sein, wenn man der Kommission Zeit lassen wollte, inwieweit auch über die Frage der Deckung Mittel zu schaffen. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Wie die Dinge heute liegen, scheint aber ein hietzu gerichteter Antrag keine Aussicht auf Erfolg zu haben. (Nachen links.) Und deshalb werden wir auch nicht an den Gang der Verhandlungen und die Erreichung des Endzieles uninteressiert absehen, sondern es versuchen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schulz (Natf.).

Wir legen der größten Wert darauf, daß auch bei der Entscheidung der Wehrvorlage von dem Grundsatze keine Ausgabe ohne Deckung nicht abgemacht wird. Wir hoffen nach wie vor, daß gleichzeitige mit der Verabschiedung der Wehrvorlage und des Wehrbeitrags ein Weg gefunden wird, der zu einer Verhängung zwischen der Mehrheit dieses Hauses und den verbündeten Nationen aus über die Verabschiedung der laufenden Deckung führt.

Präsident Dr. Kaempf:

Ein Widerspruch (Stürmische Heiterkeit) gegen die Tagesordnung ist nicht erhoben (Erneute stürmische Heiterkeit); die Tagesordnung liegt hiermit fest. (Anhaltende heitere Begegnung in der sich das Haus nur langsam entleert.) Gruppen verschiedener Parteien bleiben noch lange Zeit in erregter Besprechung untereinander im Saale.

Schluß 3¼ Uhr.

Ausland.

Massenpionage in Oesterreich.

In Kratau hat am Sonnabend eine Reihe von Spionageprozessen begonnen. Zuerst wurde der Freireu Gondel zu 2½ Jahren und seine Geliebte Eini zu 1½ Jahren Kerker wegen Spionage zugunsten Rußlands verurteilt. Am selben Tage wurde vom Militärgericht der Soldat des 13. Infanterieregiments Spatz zu fünf Jahren und der Artillerieoffizier Bonafit zu 5 Monaten Festungshaft verurteilt. In den nächsten Tagen findet die Gerichtsverhandlung gegen den Soldaten der Maschinenfabrikation des 3. Mannregiments Josef Kachal statt. Dieser trat ursprünglich ein Urlaubes in Wien mit dem russischen Generalstab in Verbindung und verpflichtete sich, ein österreichisches Maschinengewehr über die russische Grenze zu schmuggeln. Zu diesem Zwecke trat er in Kratau mit dem Militärbuchsenmacher Stenstal, dem Mannenporporal Spodor und dem Korporal Schich in Verbindung, mit deren Hilfe er nachts aus der Kaserne ein Maschinengewehr entwendete, es zerlegte und in einzelnen Teilen fortzuschleifte. Auf dem Bahnhof von Mismowitz in Oberösterreich wurde jedoch der Diebstahl von preußischen Gendarmen entdeckt, das Maschinengewehr konfisziert und die Spione verhaftet.

Der dritte Prozeß findet gegen zwei junge Leutnants namens Rudolf Borscht und Jakob Prüfer statt, die in der letzten Krise in den Dienst Rußlands traten. Demals brachten die Wälder fortgesetzte Meldungen von geheimnisvollen Lieferungen auf Wäpelposten bei Festungsarbeiten in Galizien und Preußisch-Schlesien. Die Soldaten wurden vielfach beunruhigt. Die Posten feuerten jedesmal gegen die Angreifer Schüsse ab, die aber wirkungslos blieben. Durch eine einmal vorgefundene Manschette kam man auf die Spur der beiden Angeklagten. Bei einer Hausdurchsuchung fand man äußerst belastendes Material. Es wurde weiter festgestellt, daß auch in Preußen eine Organisation der Spione in Rußland bestand, die in Verbindung mit ihnen arbeitete. Auf Grund der dort angestellten Erhebungen wurde sämtliche Mitglieder der Bande, etwa 30 Personen, verhaftet. Das in ihrem Besitz befindliche Material bestand aus gehegten Berichten. Es wurden Instruktionen gefunden, die sämtliche Mitglieder der Bande anweisen, militärische Abteilungen und Posten fortgesetzt zu beunruhigen, Magazine und Brücken usw. möglichst in Brand zu stecken. Nach diesen Verhaftungen hörten die Anschläge auf die Militärposten mit einem Schlage auf. Die beiden angeklagten Leutnants sind der Tat geständig.

Eine rätselhafte Spionagegeschichte.

Paris, 9. Juni.

Der „Clair“ veröffentlicht eine interessante Spionageaffäre: Gestern fand ein Angestellter im Postwagen des Expresszuges Modena-Milan eine umfangreiche Paket, das nach Paris adressiert war. Das Paket enthielt typographische Pläne und eine Anzahl Briefe, in denen um Geld gebeten wird. Die Polizeibehörde in Mailand, der das Paket zugesandt wurde, gab bekannt, daß es sich um unbedeutende Pläne handle, die keinen Anspruch auf Wichtigkeit erheben können. Anderer Ansicht sei die Militärbehörde von Modena zu sein, die dieser Angelegenheit die größte Bedeutung beimißt und eine eingehende Untersuchung eingeleitet hat. Es soll sich um die Spionageaffäre eines Leutnants handeln, der sechs Monate als griechischer Offizier diente und der Sohn eines Generals ist. Die Nation, für die diese Spionage betrieben worden sei, soll Frankreich sein. Als besonders ernstes Moment wird angegeben, daß das Paket an den Militärattaché in Paris adressiert war. Ferner wird bekannt, daß dies nicht die erste Sendung gewesen ist. Die Mailänder Polizei hält dagegen ihre Angabe aufrecht, daß es sich hierbei um einen Scherz gehandelt habe.

Eine Delegiertenkonferenz im St. James-Palast.

London, 9. Juni. Heute vormittag hat im St. James-Palast eine Sitzung der fremden Delegierten stattgefunden. Die griechischen und die türkischen Delegierten waren vollständig erschienen, von der serbischen und bulgarischen Mission war nur je ein Mitglied anwesend.

Halle und Umgebung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 10. Juni.

Am Vorsitzsitz Herr Justizrat Dr. Lembjerg, Kaufmann Prok.

Eingegangen ist ein Schreiben des Herrn Pastors von Brüder, worin er auf die vorige Sitzung zurückgreift und ausführt: er halte nämlich die Veranstaltung eines Bierabends zum Empfang des Gynäkologenkongresses für einen Mißgriff, den man im Interesse der Beförderung des Alkohols hätte vermeiden müssen. Seine impulsive Bemerkung, daß der Beschluß der Stadtverordneten zur Veranstaltung dieses Bierabends sei eine starke Gedankenlosigkeit gewesen, habe er indes nur zu einem engen Kreis von Gesinnungsgenossen getan und keineswegs beabsichtigt, sie in ihren offiziellen Projekt an die hiesigen Behörden hineinzubringen. Hier sei sie beklagt, und er bedauere sie. Der Herr Vorsitz meint dazu: „Es entspricht wohl am besten der Würde der Versammlung, wenn wir einfach in Erledigung unserer Tagesordnung fortfahren.“

Weiter ist eine Einladung der Universität zur Feier des Regierungsjubiläums und des Studentenauswahlfestes zum Jubiläumsummers eingegangen. Herr Oberbürgermeister Rine bemerkt: „Das ist ja wieder ein Bierabend“, was die Versammlung mit Heiterkeit aufnimmt.

Sodann gibt der Herr Vorsteher einen Beschluß des Magistrats in Sachen der Petition der Steuerzahler bekannt. Die Versammlung hatte i. Zt. entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes beschlossen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, die den Steuerzahlern einen Ausweg für den ihnen angeblich gegen früher entgangenen Mehrerwerb von 80 Mt. im Jahr schafft. Der Magistrat weist auf Grund der Abschlüsse der Steuerkasse nach, daß die

Steuerheber nicht weniger, sondern im vergangenen Jahr gegen früher 12,04 Mt. mehr Nebeneinnahmen gehabt haben. Und das werde ähnlich in Zukunft sein. Die Versammlung erklärte daraufhin ihren Beschluß vom Februar für erledigt.

Eine Petition des Gemeinderats der Pauluskirche zur besseren Beleuchtung der Umgebung der Kirche wird dem Referenten des Petitionsausschusses zugewiesen. Eine Eingabe des Kolonialverbandes der Hallischen Wirtvereine, die sich gegen die Ausführungen des Magistrats in Sachen der Sanftkonzessionssteuer wenden, geht an den Rechts- und Verfassungsausschuß.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Der Magistrat beantragt, zuzustimmen, daß die Umbauten im Theaterrestaurant nunmehr nach dem neu aufgestellten Kostenausschlag des Hochbauamts, der mit einer Endsumme von 8500 Mark abschließt, vorgenommen werden. Es soll mit den Arbeiten umgehend begonnen werden.

Die Versammlung empfiehlt den Antrag. (Ref. Herr Stv. Kallmeyer.)

2. In der Giebichsfeinerecke zwischen der Ochsenbrücke und der Burgstraße ist auf einer Strecke von etwa 20 Meter die Einfriedigungsmauer des Giebichs-Stiftungsgrundstückes eingestürzt. Es ersucht, wie der Referent Herr Stv. Wede ausführt, zweckmäßig die in die richtige Fluchtlinie zu bringen. Dies hat zu einer Revision der Fluchtlinie der genannten Straßenstrecke geführt. Die Giebichsfeinerecke hat an der Saale entlang städtischenplanmäßig eine Breite von 14 Meter; auf der Strecke vom Mühlgraben aufwärts bis zur Burgstraße ist jedoch mit Rücksicht auf die zu erwartende beiderseitige Bebauung, wie auf das Gefälle auf der Hauptstraße, ein Maß von 16 Meter festgesetzt worden. Nachdem nun das Bestehende Grundstück als Stiftung der Stadtgemeinde übereignet worden ist, eine Bebauung somit als ausgeschlossen gelten kann, erscheint es im Interesse des Gartens möglich, das Breitenmaß der Straße von 16 auf 15 Meter zu ermäßigen; auch kann der Vorgarten unbedenklich aufgehoben werden.

Die Versammlung tritt diesen Ausführungen bei. (Ref. Herr Stv. Schullze.)

3. Das Kollegium beschließt weiter, daß die Sammlungs- und Unterrichtsstämme für Äpfel und Chemie im zweiten Stockwerk des Stadthauses der Domäne Lettin für der nach der Bestimmung im § 7 der allgemeinen Baubedingungen von 1900 zu berechnende Kuchertisch zu gewähren. Alle weiteren Ansprüche des Pächters auf Entschädigung für Saaten und Bestellung hat die Stadtgemeinde ohne Beteiligung des Fiskus zu befriedigen. Das Kaufgeld ist von der Stadtgemeinde e. vom Tage der Ueberweisung des Grundstückes bis zum Tage der Kaufgelderzahlung mit jährlich 4 vom Hundert zu verzinsen. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation ersucht der Magistrat die Stadtdirektoratsversammlung, sich mit dem Erwerb der Fläche einverstanden zu erklären und die erforderlichen Mittel einschließlich der entstehenden Nebenkosten (Stempel, Gerichtskosten, Katastergebühren usw.) aus der Anleihe von 1910 zu bewilligen. Die Kosten werden später von den Anliegern eingezogen und an die Anleihe zurückzuerstatten.

Die Vorlage wird genehmigt. Referenten die Herren Stv. Grabhand und Probst.)

Düauerstraße

zwischen dem Wege nach Lettin und der Eröllmiserstraße festgestellten Fluchtlinienplane entfällt eine ca. 23 x 65 Quadratmeter große Fläche von dem domänenfiskalischen Gelände zur Straße. Die königliche Regierung ist bereit, das Land unter den nachstehenden Bedingungen an die Stadtgemeinde abzutreten: Der von der Stadtgemeinde zu zahlende Kaufpreis ist nach dem Gabe von 1900 Mt. für 25 x 30 zu berechnen. Dem Pächter der Domäne Lettin ist der nach der Bestimmung im § 7 der allgemeinen Baubedingungen von 1900 zu berechnende Kuchertisch zu gewähren. Alle weiteren Ansprüche des Pächters auf Entschädigung für Saaten und Bestellung hat die Stadtgemeinde ohne Beteiligung des Fiskus zu befriedigen. Das Kaufgeld ist von der Stadtgemeinde e. vom Tage der Ueberweisung des Grundstückes bis zum Tage der Kaufgelderzahlung mit jährlich 4 vom Hundert zu verzinsen. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation ersucht der Magistrat die Stadtdirektoratsversammlung, sich mit dem Erwerb der Fläche einverstanden zu erklären und die erforderlichen Mittel einschließlich der entstehenden Nebenkosten (Stempel, Gerichtskosten, Katastergebühren usw.) aus der Anleihe von 1910 zu bewilligen. Die Kosten werden später von den Anliegern eingezogen und an die Anleihe zurückzuerstatten.

Die Vorlage wird genehmigt. Referenten die Herren Stv. Grabhand und Probst.)

5. Herr Fischermeister K. Knoke sen. bittet, seine Gendelhaltstelle an der Rainstraße 10, wie sie bisher war, auch fernerhin belassen zu wollen.

Vom Bauauschuß wird Uebergang zur Tagesordnung empfohlen. Die Versammlung beschließt demgemäß. (Ref. Herr Stv. Grabhand.)

6. Die Petition des kommunalen Bezirksvereins betreffend die ungenügende Beleuchtung an der Pauluskirche wird dem Magistrat als Material übergeben. (Ref. Herr Stv. Hilde.) Herr Stv. Günter hatte Verlesung beantragt, blieb aber in der Minorität.

7. Die Parzellen - Gemarkung Pasingdorf - Angersdorf, Kartenblatt II, zusammen 1 Hektar 98 Ar 60 Quadratmeter Größe, bezieht die Versammlung für den Preis von 1050 Mark pro Morgen anzukaufen. Der Kaufpreis in Höhe von 8168,04 Mt. und die Kosten des Ankaufs sollen der Anleihe, Position für Grunderwerb, entnommen werden. Durch den Ankauf wird die letzte Fremdpfandlast aus dem städtischen Wientempel der großen Ratsweide, Spitzweide usw. entfernt. Die Parzellen sind lastenfrei. (Referent Herr Stv. Probst.)

8. Bei der Verlegung des Druckstranges von der Turmstraße bis Wassertrümmer Kopplatz hält der Magistrat es für zweckmäßig, gleichzeitig die Verlegung eines Telephon- und Telegraphenablers zur Verbindung der Wassertrümmer unter sich bzw. mit dem Grundstück Uterplan vorzunehmen. Die Versammlung stimmt zu und bewilligt die erforderlichen Kosten in Höhe von 7650 Mt. aus den zu erwartenden Erparnissen bei Verlegung des neuen Druckstranges. (Ref. Herr Stv. Probst.)

9. Der Magistrat ersucht die Stadtdirektoratsversammlung, zuzustimmen, daß

- a) die aus Anlaß der Heeresverpflichtung erforderliche Begründung der Werkschule des Feldartillerieregiments Nr. 75 auf dem Grundstück Werkschule Nr. 93 vorgenommen und die Bauten dem Reichsmilitärkreis für die Dauer des Hauptvertrages über Erbauung und Vermietung des Artillerie-Kasernens vom 21. Juni 1899 - d. i. bis 30. September 1913 - vermietet,
- b) die erforderlichen Mittel im Betrage von etwa 130 000 Mt. der Anleihe von 1900 entnommen werden. Die Entwurfsbearbeitung, Bauleitung, Abrechnung und Verantwortung für fehlerhafte Ausführung soll, wie bei den letzten Grünungsarbeiten, dem Militärbauamt übertragen

und das Kapital mit 6½ vom Hundert jährlich verzinst werden. Der Satz von 6½ Proz. entspricht der dem Hauptvertrage zugrunde liegenden Amortisationsberechnung. Die Bauausführung muß so beschleunigt werden, daß die Stelle bereits am 1. Oktober in Benutzung genommen werden können.

Die Herren Stv. Emmert und Herberg sprechen gegen die Bewilligung, weil die Militärvorlage noch gar nicht durchgegangen ist.

Die Herren Stadtrat Köhler, Probst und Borges stellen fest, daß das der Stadtdirektoratsversammlung nichts angehe, wo die Militärverwaltung die Mittel hernimmt.

Die Vorlage wird angenommen. (Referent Herr Stv. Probst.)

10. Für die Beside-Dehmann-Stiftung war für 1912 erstmalig ein Etat aufgestellt worden. Die Beträge bei den einzelnen Positionen konnten mangels zuverlässiger Unterlagen nur schätzungsweise eingelegt werden. Im Rechnungsjahre 1912 sind bei den einzelnen Kapiteln Ueberschreitungen in Höhe von zusammen 1164,03 Mt. eingetreten.

Die Versammlung bemittelt die 1164,03 Mt. a conto der Sparkasse in Höhe von rund 4000 Mt. (Referent Herr Stv. Probst.)

11. In Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke und des Magistrats genehmigt die Versammlung in Ergänzung des Gemeindefeststellbeschlusses vom 22. November 1912, die Zahlung der für die Sinterbleichen des in Folge eines der Betriebsunfälle am 23. Oktober 1912 verstorbenen Gaswerkarbeiters Richard Thieme in Höhe von 264,15 Mt. jährlich festgesetzten Unterzählung auch für das Rechnungsjahr 1913 an Frau Witwe Thieme. (Referent Herr Stv. Probst.)

12. Der Laden Nr. 5 im Schmeerstraßensügel des Stadthauses soll an die Aktiengesellschaft Conab Tad u. Co. auf weitere 6 Jahre - d. i. bis 30. September 1921 - unter den Bedingungen des Vertrages vom 21. September vermietet werden. Der jährliche Mietzins beträgt 7000 Mt. (Referent Herr Stv. Emmert.)

13. Der Magistrat hat beschloffen, die Gastwirtschaft im städtischen Schacht und Viechhofe von dem bisherigen Pächter, Herrn August Schneider, ab 1. Oktober 1913 auf weitere 3 Jahre zu verpachten. Als Bedingungen sollen die bisherigen, jedoch mit folgenden Änderungen, gelten: 1. Die Pacht hat 5000 Mt. pro Jahr zu betragen. 2. Die elektrische Energie ist nicht mehr durch eine Verkaufsumme, sondern auf Grund eines einzubauenden Zählers zu bezahlen. 3. Herrn Schneider ist die Anbringung eines größeren Reparationszählers an der Turbinen- und Beleuchtungsanlagen zu gestatten. 4. Die Heizungs- und Beleuchtungsanlagen sind den Wünschen des Herrn Schneider entsprechend zu verbessern.

Die Versammlung stimmt zu. (Referent Herr Stv. Emmert.)

14. Schließlich genehmigt sie noch, daß die bisherigen Raichsfonteniere

- a) bei Beesen in der Elster vom sogenannten Müllermühl unterhalb der Ammenborjer Mühle abwärts in einer Länge von 200 Meter,
 - b) bei Halle a. S. in derjenigen Strecke des städtischen sogenannten stillen Wassers, die vom Pulverdam bis unterhalb der Goldenen Egge reicht,
 - c) bei Halle a. S. an der Siebenbogenbrücke im Zuge der Halle-Nordbayer Chaussee in der Saaleferse vom sogenannten kleinen Damm oberhalb der Siebenbogenbrücke bis 50 Meter unterhalb derselben
- auf weitere 12 Jahre als solche bestehen bleiben. (Referent Herr Stv. Buche.)

Der Allgemeine Bürgerverein für städtische Interessen

hielt am Sonnabend abend im „Ratstaler“ eine Gesamtsitzung ab. Herr Stadtbaumeister Briß sprach über „Rekanalisation und Kläranlage auf dem Tafelwerder“. Vorweg mag gesagt sein, daß es bei dem hiesigen Terrain nicht leicht war, den Kanal durch dieses Gelände zu führen, daher ist es auch zu erklären, daß der Bau so vieler Jahre im Anspruch genommen hat. Manches technische Schwierigkeiten waren zu überwinden; es ist aber doch alles gut gegangen und man wird sich freuen, wenn das gelungene Werk erst in Betrieb genommen ist. Der Kanal ist 4000 m lang, gerichtet, daß er für eine Einmündung von 40 000 genügt. Der ganze Sammler, und die Nebenkanäle sind vollständig in der Erde, die Abwässer aufzunehmen und gefährt in den Fluß abzuführen. Für Abführung von Ueberflüssen sorgen kurze Anschlußkanäle, die bei einer fünfjährigen Verdringung eine Verunreinigung des Flusses nicht herbeiführen. Die Arbeiten wurden übrigens auch durch Verhandeln mit den in Frage kommenden Behörden, durch Regelung der Eigentumsverhältnisse und dergl. mehr verzögert. Das hat viel Zeit gekostet. Einige Schwierigkeiten bereitete noch die Strecke ab Burgstraße nach der Straße Krummer längs des Mühlgrabens. Es ist aber eine praktische Lösung gefunden. Man ergab hier eine Länge von 13 Meter breite Straße, die auf der einen Seite an Gärten und Willen vorüberführt; auf der anderen Seite hat man die schönen Anlagen der Mäusel- und Ziegelweide. Die zum erstenmal in der Mittelindstraße und später am Landrain mit Erfolg ausgeführte Untertunnelung führte dazu, daß man die Kläusellen durchbohrte. Bei dem wenig festen Gestein waren manche Schwierigkeiten zu überwinden. Das Wasserschloßvermögen, als alles, was jemals des Mühlgrabens mit der Gerberkanal liegt, hat seinen Anschlag an dem großen Sammelkanal, das Stadtviertel erhält besondere Aufmerksamkeit. Der Koror Grünlich hat vor einigen Jahren Kanalisation erhalten. Zum Zwecke der Revisionen, Beschäftigungen usw. sind Treppeneingänge in den großen Sammelkanal vorgehen, so auf dem Moritzkirchhof, an der Moritzburg, an der Ochsenbrücke, an den Kläusellen, am Denkmal im Vorort Trotha und in der Brauwerkstraße. Unter dem großen Sammler ist wegen des Grundwassers noch eine Drainage angebracht. In der Kläranlage auf dem Tafelwerder geschieht die Klärung nach dem Emker System. Redner beschreibt an der Hand von Sliden das Verfahren des Klärens. In kürzester Zeit sind die Schlammfallen abgelenkt, getrocknet und können abgelassen werden. Die Verwendung dieser Masse für landwirtschaftliche Zwecke dürfte fraglos sein. Anderswo hat man damit gute Erfolge erzielt. Die erste Hälfte des Kläranlage wird im Jahre 1915 fertiggestellt, bis dahin ist auch der große Sammelkanal für und fertig. Man kann ihn dann auf seine gesamte Länge in Benutzung nehmen und die Ueberflüsse der Wohnhäuser direkt dorthin entleeren. In den letzten Spülung vorhanden, so braucht nur der Anschlag an den Hausanschluß zu erfolgen. Wo dies nicht der Fall ist, muß erst eine Spülanlage eingerichtet werden.

Sport-Nachrichten.

Deutscher Sieg im österreichischen Derby.

Dem Freiberrn von Oppenheim ist es gelungen, mit Gardas das österreichische Derby zu gewinnen. Der in dieser großen Preis von Hamburg durch seinen vor 8 Tagen in Engen Erfolg noch überboten und für seinen polierten Sieger nun auch das wertvolle Rennen des Kaiserhofes gewonnen. Der Oppenheim'sche Stall konnte damit das blaue Band Österreichs zum dritten Male über die Grenze entführen, denn vor Gardas konnten schon im Jahre 1876 Good Hope und im Jahre 1897 Saphir das österreichische Derby siegreich bestreiten.

Rennen zu Dortmund, 8. Juni 1913.

- I. Rennen. 1. Lütjehor (Rühl), 2. Jap (Barleben), 3. Wild Girl (Kreisel). Toto: Sieg 31, Pl. 10, 11: 10. Ferner: Fabius, Guncater, Jabelbal, Herzogin v. Geroldstein, Gimmer II.
- II. Rennen. 1. Colombine (Rühl), 2. Lambult (Kreisel), 3. Herzog (Kraupe). Toto: Sieg 17: 10. Drei Lehen.
- III. Rennen. 1. Triffl Lab (Dhor), 2. Jfwan (Rühl), Braue (Pipiles). Toto: Sieg 23, Pl. 13, 14, 20: 10. Ferner: Engobi, Sans, Rabenlade, Weljmaus.
- IV. Rennen. 1. Raie (Wien), 2. Ringswan (Z.), 3. Ormsby (Pipiles). Toto: Sieg 23, Pl. 14, 16, 17: 10. Ferner: Angabere, Drud Hül, Ketur, Sa Cerite, Chaladre.
- V. Rennen. 1. Grassmide (Rühl), 2. Clou (Scharat). Toto: Sieg 14, Pl. 11, 14: 10. Ferner: Flo (3.), Galbe.
- VI. Rennen. 1. Kings Eye (Banta), 2. Golden Garnet (Rühl), 3. Guernica II (Z.). Toto: Sieg 39, Pl. 14, 15: 10. Ferner: Door Mat, Aja, Carotte.

Letzte Depeschen.

Das Programm der Jubiläumsfester.

Berlin, 9. Juni. (Telegr.) Anlässlich des 35jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers werden am Montag, den 16. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr Berliner Reichskundlicher im Großen Schlosshof des Königl. Schlosses Gänge vorgetragen. Um 10 Uhr am selben Tage ist im Kapitolische Empfang des Staatsministeriums, der Himmlerführer des Reichsmilitärs zum Bundesrat, der Präsident des Reichstages, des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten, sowie von weiteren Deputationen der Provinzen und aus dem Reich. Um 11 Uhr ist Gratulations-Defileecour im Ritterallee, um 12 1/2 Uhr Parolenausgabe im Zeughaus, abends Festvorstellung im Königl. Opernhaus. Am Dienstag, den 17. Juni, um 11 Uhr beginnt der Jubiläumsvortrag der vereinigten Innungen der Berliner Handwerker am Lustgarten. Um 12 1/2 Uhr ist Empfang der deutschen Bundesfürsten und der Präsidenten der Senate der Freien Städte, um 8 Uhr abends Galafest im Weissen Saale und um 9 1/2 Uhr Jubiläumsvortrag der Studentenschaft.

Zur Landtagswahl.

Berlin, 9. Juni. (Telegr.) Bei den Landtagswahlen Berlin 12. Moabit, erhielt der Landesprediger Dr. Runge (Christl. Volksp.) 364, Eugen Ernft (Soz.) 331 Stimmen. Wirtin ist Dr. Runge gewählt.

Graf Zeppelin in Wien.

Wien, 9. Juni. (Telegr.) Die Ankunft des Grafen Zeppelin war durch die Montagsblätter bereits anisiert worden, da die Nachricht über hypothetisch und nicht präzise gehalten war, fand sie keinen Glauben. Erst im Laufe des Vormittags blätterte die Nachricht verbreitet, daß Graf Zeppelin auf der Fahrt nach Wien ist. Auf dem Flugfeld wurden mit großer Hast und Ueberfüllung an den Tribünen und notwendigen Installationen gearbeitet, um für die Ankunft gerüstet zu sein. Während anfänglich das Publikum nur spärlich kam, strömte es in den frühen Nachmittagsstunden in Scharen nach dem Flugfeld. Um 1 Uhr 30 Min. wurde die „Cachin“ zuerst mit dem Fernglase, dann auch mit freiem Auge sichtbar. Das Publikum bemächtigte sich große Erregung.

Graf Zeppelin wurde auf dem Flugplatz von dem Bürgermeister von Wien begrüßt. Der Graf dankte mit einem Hoch auf die Stadt Wien und begab sich sodann nach dem Hotel „Imperial“. Morgen früh wird Graf Zeppelin vom Kaiser Franz Josef in Schönbrunn empfangen. Mit seiner heutigen Fahrt nach Wien ist Graf Zeppelin ein Vorzeichen gegeben hat. Man glaubt, daß die Reise und der Aufenthalt in Wien der österreichischen Militärbehörde Veranlassung geben wird, den schon lange geplanten Ankauf eines Zeppelinluftschiffes zu bewirken. — Die Wiener Blätter widmeten der Ankunft des Grafen herrliche Begrüßungsartikel.

Schluß der Friedenskonferenz.

London, 9. Juni. (Telegr.) In der heutigen Sitzung erklärten die Delegierten die Konferenz für beendet, nachdem vorher noch eine von Serbien vorgeschlagene Resolution angenommen wurde, die besagt, daß die Regelung der schwedischen Fragen den beteiligten Regierungen überlassen sein soll.

Watterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

- 11. Starer Wind, abschwächend, kühl, Regen.
- 12. Juni: Wind still, windig, Regenfall.
- 13. Juni: Warm, heiter, bei Wolkenzug.
- 14. Juni: Schön, heiter, warm.

Redaktions-Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Handel, Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Max in Buchtmanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Carl Baer; f. d. Anzeigenleitung: i. B. Paul Juchacz; Druck und Verlag von Otto Hendel. Gedruckt in Halle.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

auf seinen Herd zu beschränken. Der durch Feuer und Wasser angetriebene Schaden ist sehr groß, aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb wird in etwa einem Monat wieder aufgenommen werden. Die 200 Arbeiter der Firma werden bis dahin anderweitig beschäftigt werden.

Merseburg, 8. Juni. (4. Verbandstag des Verbandes selbständiger Buchbinder in der Provinz Sachsen und dem Herzogtum Anhalt.) In den Tagen vom 7. bis 9. Juni tagte hier die Vereinigung selbständiger Buchbinder im Stahlbleim „Reichsförone“. In fastlicher Anzahl waren die Teilnehmer erschienen. Am Sonnabend fand im Hotel zur Sonne eine Verammlung der Öbmannen der einzelnen Bezirke statt. Die eigentlichen Verhandlungen bracht die Sonntagvormittag. Der Vorstand erstattete seinen Bericht, dem sich der Rassenbericht und die Berichte der Bezirksobmänner anschlossen. Es wurden noch die Abgeordneten zum Bundestage in Nürnberg gewählt sowie die Wahl des Vorstandes und Vorortes für 1913/14 vorgenommen. Der Sonntagvormittag betonte die Erörterungen bei gefälligen Veranstaltungen, während der Montagvormittag der Befähigung der Sechenswürdigkeiten unserer Stadt gewidmet war. Die Ausstellung der im Buchbindergewerbe in Betracht kommenden Firmen war eine äußerst reichhaltige und ließ überall den Fortschritt auch auf diesem Gebiete erkennen. — Dem Bundestage in Nürnberg folgen folgende Anträge unterbreitet werden: Gegen die Gefängnisstrafe geeignete Schritte zu unternehmen und eine dahingehende Eingabe an den Landtag zu richten; dem Verkauf von Büchern seitens der Geistlichen entgegenzuwirken; bei den Wästen zum Kauf und Landtag mehr Vertreter des Handwerkerstandes aufzustellen; in Schulbüchern eine einheitliche Miniatur einzuführen. Der bisherige Vorstand, Vorsitzender Buchbindermeister Senfath-Magdeburg, wurde wiedergewählt. Magdeburg wurde als weiterer Vorort bestimmt. Der nächstjährige Verbandstag findet in Torgau statt.

Weihensels, 9. Juni. (Nationales Spielfest.) Unter Teilnahme von 1200 bis 1400 Jugendlichen vom Lande und der Wehrkraftvereinigungen der Stadt Weihensels fand gestern hier auf dem Klemmerberge im Weissen von Vertretern laantlicher und sächsischer Körperlichkeiten, zahlreicher Offiziere, des Prinzen von Schönburg-Waldenburg, einer großen Zahl weiterer Ehrengäste und einer nach Tausenden zählenden Zuschauermenge ein nationales Spielfest statt. Kongert der Untertoffenkapelle und Gesänge der Seminardores verhönten die Feier, die mit Einzug nach dem Markte, Ansprache und Zapfenstreich nach wohlgelungenem Verlauf dort ihr Ende fand.

Freiburg a. N., 7. Juni. (Turnerisches.) In der letzten Sitzung des Returnerturnerfusses wurde das Programm für das am 10. August d. J. stattfindende Jahnwettturnen festgelegt. Beschlissen wurde, am Sonnabend (9. August) einen Begrüßungsmomms im Jahnhause abzuhalten und das Turnen am Sonntag (10. August) vormittags 10 Uhr beginnen zu lassen. Nachdem findet die Verfündigung und photographische Aufnahme der Sieger vor der Erinerungsturnhalle, am Nachmittag 4 Uhr Kongert in der Gettellerie, abends Ball im Jahn- und Schützenhaus statt. Der laantliche Wandpreis, eine silberne Plakette mit dem Bildnis Jahns und diehiger Jahnplakette, dessen Ausführung Herrn Braun aus Halle übertragen ist, verbleibt im Jahnmuseum; am Sieger wird eine Urkunde ausgestellt. — Am Sonntag, den 15. Juni d. J., unternehmen die Jugendturner des Vorortsführer Turnganges eine Turnfahrt nach unserer Stadt; Sammelplatz ist Reising. Für den Nachmittag ist ein nationales Wetturn geplant. — Ein Arbeiter erstigt gestern durch nachdrückliches Gesehen im Steinbruch so schwere Verletzungen, daß er auf ärztliche Anordnung der Klinik in Halle überwiegen werden mußte.

Köthen, 9. Juni. (Politechnikum.) In anhaltischen Kreisen und auch unter den Studierenden des Köthenischen Politechnikums macht sich neuerdings eine Bewegung zugunsten der Ueberlieferung nach der Residenzstadt Dessau geltend, welche wohl mit den Bestrebungen im Zusammenhang stehen dürfte, die auf Verstaatlichung und Ausbau des Politechnikums zur technischen Hochschule hinauslaufen.

Kreuzburg, 6. Juni. (Durch eine Kuh gestöt.) Als heute früh auf dem nahe Gutsloh Kuhstangehen die Frau des Gutsbesizers Heinrich Schwanz den Kuhstall betrat, stürzte ihr eine Kuh entgegen, die sich im Laufe der Nacht losgerissen hatte. Das wütende Tier stieß die Frau auf Boden und drückte ihr den Brustkorb ein, so daß sie bald darauf starb.

Gerichtsverhandlungen.

Strenge Bestrafung wegen militärischen Aufruhrs. Wegen militärischen Aufruhrs wurden die Matrosen J. Lules und C. roetsch vom Tender „Pfeil“ am Kriegsgericht in Kiel zu fünf Jahren einem Monat bzw. zu fünf Jahren vierzehn Tagen Zuchthaus und zur Entferrnung aus der Marine verurteilt.

Vermischtes.

Zöblischer Fall von schwarzen Foden. Aus Berlin, 8. Juni, wird uns gebracht: Ein Fall von schwarzen Foden ist gestern im Norden Berlins aufgetreten. In der Chausseefolge 43 starb ganz plötzlich eine 59 Jahre alte Frau P. ritzke, die bei ihrem Schwiegereltern, dem Malchinisten Bindolat, wohnte. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. Durch die Untersuchung durch den Kreisarzt wurde festgestellt, daß die Frau an den echten schwarzen Foden gestorben ist. Alle erforderlichen Vorkehrungsmaßregeln sind getroffen worden.

Ammoniakauströmungen. Aus Berlin, 9. Juni, wird drachlich gemeldet: In den Lagerzimmern der Markthallen- und Rühlgeleise in der Scharnhorststraße öffnete gestern ein Arbeiter unvorhergesehen eine Haß des Ammoniakbehälters. Das Gas strömte mit solcher Heftigkeit aus, daß der Arbeiter außerhand war, den Saßn wieder zu schließen. Das Ammoniak hatte bald die Räume und Höfe der Anlagen mit einem starken unenträglichem Geruch gefüllt. Es ereigneten sich mehrere Verätzungen und Ohnmachtsanfälle. Der durch Feuerwehrelang es, der Saßn wieder zu schließen. Der mit einem Sauerstoffapparat versehene Feuerwehrmann brach aber erfolgloslos dabei zusammen.

Große Radiumfunde. Im Ferganegebiet (Rußland) sind große Radiumfunde gemacht worden.

Zum Schluß behandelte Nebner, dem für seinen Vortrag allseitig Dank gesagt wurde, noch die Kostenfrage. Die ganze Kabananlage einschließlich des Um- bzw. Neubaus der Kabananlage und der Kabananlage auf dem Tafelwerder kosteten neun Millionen Mark, man hat dafür aber auch ein Wert geschätzt, auf das unsere Stadt stolz sein kann.

Danach sprach man noch über das Projekt, Weiterführung der Straßenbahn zur Sied. Man beschloß eine Eingabe an beide sächsische Behörden in der unter Abzeichnung der Linie Weidnitz-Brandtschtrage um Weiterführung der Straßenbahn bis Wille Knob bzw. bis zur Heide gebeten wird.

Hierauf wurden einige Wünsche auf unseren Straßenbahnen besprochen, so das Stillhalten mehrerer Wagen auf dem verkehrsreichen Mühlweg am Umflegeplatz Weidnitz, so am Sonn- und Feiertagen, der schlechte Anblick auf dem Rantischen Platz und die sehr im Wege stehende Bedürfnisanstalt dort. Es konnte mitgeteilt werden, daß sich die Verhältnisse dann ändern werden, sobald die neue Linie durch die Albrecht- und Bernburgerstraße errichtet ist.

Angeregt wurde, daß der Rädtische Fleischverkauf nun endlich aufhören möge. Die Verammlung sprach sich für Aufhebung aus, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Fleischer die Preise auf solcher und normaler Basis halten.

Wittpatener-Kinghämpfe

haben ihren eigenen Reiz. Denn die kleinen Herren besitzen kräftigere Muskeln, als man annehmen sollte, während das Unmäßige, das bezarrigten Spielen unter großen Leuten oft anfaßt, bei den kleinen durch Eleganz und Grazie der Bewegungen erlicht wird. Auch wer sonst kein großer Freund der „griechisch-römischen Griffe“ ist, wird deshalb an den Wittpatenerpaaren helle Freude haben, die jetzt in unseren herrlichen Zoologischen Gärten täglich vor ein riesenhaftes Publikum treten, um z. B. als Oberle und Hüter in Miniaturformat Kraft mit Gewandtheit zu zeigen. Humor würzt das Ganze in humorvoller Form, und die parabolische Wer, die gegen den Schluß der Konturrenzen zum Durchbruch kommt, ruft lauten Jubel bei den Zuschauern hervor.

Prohinn ist überhaupt die Devise der Wittpatener bei all ihren wirrtlich guten Leistungen. Ihre Fröhlichkeit springt auf die Zuschauer über, die durch herztlichen Beifall den Zwergen für den bunten Kranz betterer Gaben danken. Jeder amüsiert sich da draußen gemiß.

Drum: Auf in den Zoo zu den Wittpatenern!

Magdeburger Stadttheaterkrise.

Dieser Tage kam die Nachricht, daß Heinrich Hagin nicht mehr Direktor des Stadttheaters Magdeburg sei, und daß auch sein Anerbieten, das Theater persönlich zu übernehmen, von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden sei.

Die Nachricht stimmt dem „Berl. Börsen-Courier“ zufolge nicht ganz; aber die Verhältnisse sind doch so schwierig, daß eine Erleichterung notwendig erscheint. Herr Hagin ist nämlich gar nicht Kontonant der Stadt Magdeburg und Väder ihres Theaters. Väterin war die Magdeburger Theaterbetriebsgesellschaft, die im Jahre 1907, während Hagin nur Geschäftsführer dieser G. m. b. H., also deren Angestellter war. Geschäftsführer der G. m. b. H. sind die Magdeburger Privatrat und Hagin. Schon seit dem ersten Tage ihres Bestehens trank diese Gesellschaft an einer Unterbilanz, und war sehten ihre 70000 Mk. Abonnementgeber, die Direktor Gohmann noch eingenommen hatte. Hagin wurde trotzdem zur Uebernahme der Leitung bewegen, weil maßgebende Herren der Stadtverwaltung ihm eine Regelung der Angelegenheit in Aussicht stellten. Tatsächlich sind auch Verhandlungen im Gange gewesen, die eine Subventionierung und gleichzeitig eine Entschädigung der G. m. b. H. anstrebten. Diese Verhandlungen sind nun gescheitert. Die Privatrat ist für sich zurückgetreten und Direktor Hagin hat der Stadt angeboten, das Theater an Stelle der G. m. b. H. die heute erledigt ist, zu pachten. Dies Angebot ist nun noch keineswegs abgelehnt; aber es ist auch nicht angenommen worden, sondern die ganze Angelegenheit seitens der Stadtverordneten einer Kommission überwiegen worden. Da der Magistrat auch von der Eigenart der Sache weiß, so erklärt er in der Tat ungenügend keine Diskussion zu eröfneten, wohl aber ist ein vollständiges Ensemble von mehreren hundert Köpfen für die kommende Spielzeit engagiert. Was mit diesen Leuten geschieht, danach hat bisher noch kein Mensch gefragt. Alle diese Mitglieder sind von der Theaterbetriebsgesellschaft engagiert; aber die Betriebsgesellschaft hat heute kein Theater mehr, wenn niemand ihre Verpflichtungen übernimmt, so steht es außer aller Frage, daß sie Konkurs anmelden muß. Direktor Heinrich Hagin war bereit, mit seinem Privatvermögen in die Breche zu springen, ja er bot sogar noch erhöhte Siderheiten an. Dies Anerbieten ist aber bisher noch nicht angenommen worden. Zweifellos kann die Stadt machen, was sie will und das Anerbieten Direktor Hagins, der das Ensemble nicht im Stich lassen wollte, annehmen oder nicht. Aber für den Fall der Ablehnung mußte sie doch über das Schicksal der Bühnenkünstler eine beruhigende Zusicherung in der Art machen, daß sie selbst dem eventuellen neuen Direktor die Verpflichtung zur Uebernahme des Ensembles aufzulegen wird, oder selbst die Gagen garantiert. Das ist jedoch nicht gegeben und es hätte um so eher gesehen sollen, als eine ansteigende Kontion nicht vorhanden ist, und auch im Interesse der Stadt selbst für den Fall, daß das Ensemble in der kommenden Spielzeit übernommen wird. Denn heute kann eigentlich jedes Mitglied machen, was es will, und das könnte am Ende dazu führen, daß zu Beginn der Spielzeit ein lidenhaftes Ensemble vorhanden wäre! Aus allen diesen Gründen sollte die Stadtverwaltung nicht zögern, so schnell wie möglich eine beruhigende Erklärung abzugeben. Zum mindesten aber haben die Schauspieler ein Recht, zu wissen, woran sie sind.

Provinzial-Nachrichten.

Großfeuer.

Kassel, 9. Juni. In dem Fabrikgebäude der Altengesehellschaft für Febrfabrikindustrie vormals Strich u. Co. brach gestern Mittag, einem Telegamm zufolge, Großfeuer aus. Die ganze Kasselei Feuerwehrelang unter Zuhilfenahme aller Reserveen an der Brandstätte tätig. Das Feuer, das nachmittags durch Selbstzündung entstanden ist, dehnte sich über drei Stadterde aus und bezehrte die Schreinerrei im vierten Stock. Schließlich gelang es, das Feuer

